

Geht alle zur Wahl! **Wie sich die deutsche Politik *jetzt* sinnvoll verändern lässt**

Die gegenwärtige öffentliche Diskussion zeigt deutlich, dass viele Menschen noch nicht klar genug erkannt haben, um was es bei der **Wahl zum Deutschen Bundestag** am 22. September 2013 *wirklich* geht. Denn darauf wurde von unseren Politikern und von den Massenmedien nicht hinreichend aufmerksam gemacht.

Neigen Sie dazu, *nicht zur Wahl zu gehen*? Überlegen Sie noch, *wem* Sie Ihre Stimme(n) geben? Hier erhalten Sie Hinweise zur Entscheidung. Diese Hinweise können insbesondere Erstwählern weiterhelfen.

Inhalt

1. Welche Kandidaten können zu den notwendigen Maßnahmen beitragen?	1
2. Um was es heute in der Politik wirklich geht - Erinnern wir uns an Roman Herzogs „Ruck-Rede“!	2
3. Was sollten Hauptthemen des Regierungsprogramms sein?	4
4. Zukünftige Aufgaben der Abgeordneten	4
5. Die wichtigsten Aufgaben des neuen Bundestags	5
Die Deutsche Petition zur globalen politischen Ordnung	6

1. Welche Kandidaten können zu den notwendigen Maßnahmen beitragen?

Wenn Sie zu den Menschen gehören, die mit den Leistungen nicht zufrieden sind, die Parteien und Politiker zeigen, die *jetzt* in den Parlamenten vertreten sind, sollten Sie Kandidaten wählen, die *anderen* Parteien angehören: Es gibt kleine und noch weitgehend unbekannte Parteien, die Wichtiges erkannt haben und Notwendiges tun wollen.

Berücksichtigen Sie, wie viele Menschen *nicht mit voller Überzeugung* CDU/CSU/FDP oder SPD/GRÜNE wählen können! Etwa 40 bis 60 Prozent aller Wahlberechtigten sind noch unentschieden. Diese Menschen wünschen sich eine andere Politik – sie wollen nicht Merkel und nicht Steinbrück. Sie wollen eine Politik, der sie aus vollem Herzen zustimmen können. Sie wollen nicht einer Partei ihre Stimme geben, die ihnen nur als das geringste Übel erscheint. Anstatt nicht zur Wahl zu gehen oder eine Übel-Partei zu wählen, können Sie die Kandidaten einer Partei unterstützen, die neu ist oder bislang noch nicht über 5 Prozent kam. Diese können notwendige und wertvolle Gedanken und Maßnahmen einbringen.

Dadurch kommt frischer Wind ins Parlament. Noch unbekannte Parteien zeigen mit ihren Namen in die richtige Richtung, auf das Wesentliche. Was sagen Ihnen zum Beispiel die „Eine Welt Partei“, die „Partei der Nichtwähler“ oder die „Partei der Vernunft“? *Wer Korruption entgegenwirken will, der sollte niemanden wählen, der bereits schon an der Macht ist und sie missbraucht.* Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn alle Wahlberechtigten in diesem Sinne abstimmen! Dann können unsere Regierungsparteien nicht mehr so weitermachen wie bisher. Am besten sorgt dafür die Stimmabgabe *aller* Wahlberechtigten, eine Wahlbeteiligung von möglichst 100 Prozent. Die zugelassenen Parteien finden Sie hier:

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/W13011_Wahlteilnahme_Parteien.html

Wir brauchen eine Politik, die den heutigen Herausforderungen gerecht wird. Die gegenwärtig noch üblichen Formen der politischen Auseinandersetzung sind dazu nicht geeignet. Wir brauchen eine *sachgemäße* politische Kultur. Zweckmäßige Methoden stehen zur Verfügung, werden jedoch noch zu wenig angewendet. Es gelang noch nicht, sie hinreichend bekannt zu machen. Dazu dient der *Aufruf zur Zusammenarbeit für die Verwirklichung der Welt-Rechtsordnung*. <http://www.imge.info/extdownloads/AufrufZurZusammenarbeit.pdf>

2. Um was es heute in der Politik wirklich geht - Erinnern wir uns an Roman Herzogs „Ruck-Rede“!

Was der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog 1997 in seiner „Ruck-Rede“ gesagt hatte, gilt auch heute noch:

„Wir leiden darunter, dass die Diskussionen bei uns bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden - teils ideologisiert, teils einfach „idiotisiert“. Solche Debatten führen nicht mehr zu Entscheidungen[...] Am Ende steht meist die Vertagung des Problems. Der Status quo setzt sich durch. Alle warten auf das nächste Thema.[...] Wir streiten uns um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen.[...] Und das in einer Zeit, in der die Menschen durch die großen Umbrüche ohnehin verunsichert sind; in einer Zeit, in der der Verlust von eigenem Erfahrungswissen durch äußere Orientierung ersetzt werden müsste. Ich mahne zu mehr Zurückhaltung: Worte können verletzen und Gemeinschaft zerstören. Das können wir uns nicht auf Dauer leisten, schon gar nicht in einer Zeit, in der wir mehr denn je auf Gemeinschaft angewiesen sind.“

http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html

Seit 1989/90 prägt die wirtschaftliche Globalisierung die Gegebenheiten in allen Ländern der Erde. Angesichts der damit verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten sollten die Organisationen der Vereinten Nationen nicht nur von Deutschland, sondern von allen Staaten aus zu juristischen Ordnungsmaßnahmen aufgefordert und ausdrücklich autorisiert werden. In nahezu allen Staaten *herrschen politische und rechtliche Organisations- und Arbeitsformen vor, die sich angesichts der Globalisierung inzwischen als veraltet und unzweckmäßig erwiesen haben. Diese müssen dringend durch angemessene ersetzt werden. Solche sind bereits vorhanden, werden jedoch noch zu wenig verwendet.* In Folge dessen ist die Unzufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der eigenen Regierung *in allen Ländern* hoch.

Durch den grenzenlosen wirtschaftlichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt scheint die Menschheit in zunehmend unerträgliche Überforderung, Konflikte, Misstrauen, Überlebenskämpfe und Gefährdung von Lebensgrundlagen geraten zu sein. Können Sie einen Ausweg erkennen? Geht unsere Erde jetzt zugrunde oder gibt es eine Rettung wie durch ein Wunder?

Was erwarten Sie von den Kandidaten, die sich zur Wahl stellen? Überzeugt Sie das Regierungsprogramm von Schwarz-Gelb oder Rot-Grün? Überzeugt die Wähler überhaupt noch *irgendein* Parteiprogramm? Viele neigen zum Nichtwählen, weil sie davon ausgehen, dass sich die Gewählten nicht an ihre Programme und Wahlversprechen halten werden, *weil ihnen inzwischen die dazu erforderlichen Voraussetzungen abhandengekommen sind.* Wo Wählern das *Vertrauen in die Wirkungsmöglichkeiten der Volksvertreter* fehlt, sehen sie

wenig Sinn, zur Wahl zu gehen. Denn sie glauben kaum noch daran, dass ihre Anliegen hinreichende Berücksichtigung finden können. Warum ist das so?

Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Regierungen und die nationalen juristischen Regelungen weltweit im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ihre frühere *positive* Kraft und Anerkennung verloren haben:

Werden die einzelstaatlichen Rechtsordnungen rücksichtslos von Großbanken und international handelnden Unternehmen unterlaufen? Was zählt das Wohl der Natur und das Leben von Menschen im Konkurrenzkampf von Unternehmen um möglichst viel Macht und Geld? Gegen deren Vorgehen können anscheinend auch die vernünftigsten Politiker kaum noch etwas ausrichten.

Diese Entwicklung ließ die Regierungen weltweit zunehmend rat-, hilf- und machtlos werden. Unzufriedene Bürger versammeln sich zu Demonstrationen für freiheitliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gegen Vergewaltigungen, religiöse Bevormundung, Korruption und unerträgliche Sparmaßnahmen. Davon fühlen sich etliche Regierungsmitglieder bedroht und bezeichnen unbequeme Kritiker vorschnell als *Terroristen, Verräter und Aufrührer*, die von staatlichen Einrichtungen (Geheimdiensten) zu überwachen und unschädlich zu machen seien.

Entscheiden wir uns für den Ausweg aus dieser Bedrohung: *Mit vereinten Kräften können wir ein Zusammenleben erreichen, das alle Menschen zufriedenstellt - mit bislang unvorstellbar hoher Lebensqualität auch für die bislang Ärmsten.* Geeignete Mittel dazu sind vorhanden. Sie müssen bekannt gemacht und praktisch umgesetzt werden. *Mit ihnen können wir die bislang vorherrschende Konkurrenz in weltweite Kooperation verwandeln.*

Roman Herzog hatte 1997 in seiner „Ruck-Rede“ zum *Aufbruch ins 21. Jahrhundert* betont, worauf es ankommt:

„Wir haben kein *Erkenntnis*problem, sondern ein *Umsetzungs*problem. [...] Ich meine, wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zugunsten der Zukunft. [...] Es geht um nichts Geringeres als um eine neue industrielle Revolution, um die Entwicklung zu einer neuen, globalen Gesellschaft des Informationszeitalters. [...] Bildung muss das Mega-Thema unserer Gesellschaft werden. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik [...] Glauben wir wieder an uns selber. **Die besten Jahre liegen noch vor uns.**“

http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html

Als ehemaliger Kultusminister, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Vorsitzender des Kuratoriums der Hermann Kunst-Stiftung zur Förderung der neutestamentlichen Textforschung hatte Roman Herzog erkannt, dass zur Bewältigung der vorhandenen Herausforderungen in erster Linie zweckmäßige Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen erforderlich sind: Bislang wurde noch nicht allen Menschen das an Wissen und Fähigkeiten vermittelt, was ihnen einen befriedigenden Umgang mit ihren Lebensaufgaben ermöglicht.

Roman Herzog ging es um das bestmögliche Zusammenleben in der globalen Gesellschaft. Doch immer noch herrscht der Eindruck vor, dass die Kandidaten aller im Parlament vertretenen Parteien nur örtliche, nationale oder auf Europa begrenzte Interessen verfolgen. So kurzsichtige und engstirnige Kandidaten verdienen keine Wählerstimmen! Ist ihr Interessen- und Bildungshorizont zu beschränkt, um die globalen Herausforderungen zu erkennen und Erfolg versprechend anzupacken? Dann fehlen ihnen die Voraussetzungen und die jetzt nötige Legitimation zum politischen Handeln.

Die notwendige politische Ordnung erfordert Experten und Einrichtungen, die sich für die bestmögliche internationale Zusammenarbeit aller Menschen dieser Erde einsetzen. Auch Provinzpolitiker sollten heute global denken. Bereits die Präambel zum Grundgesetz von 1949 betonte ausdrücklich die globale Perspektive.

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

3. Was sollten Hauptthemen des Regierungsprogramms sein?

Die Grund- und Menschenrechte enthalten juristische Regelungen für das Zusammenleben in der globalen Gesellschaft, mit denen alle Menschen einverstanden sein können. Mit diesen Regelungen lässt sich die aus dem Ruder geratene wirtschaftlich-finanzielle Entwicklung zweckmäßig korrigieren: Internationale Gerichtshöfe können konsequent eingreifen und Übeltätern ihre Wirkungsmöglichkeiten nehmen – unter bewusstem Verzicht auf Formen von Bestrafung, die nicht zu den Menschenrechten passen. Die Koordination dieser Maßnahmen ist den *Organisationen der Vereinten Nationen* zu übertragen. Gibt es in unserem Land Rechtsexperten, die dort als Delegierte juristischen Sachverstand einbringen können?

Die Schwerpunkte der Aufgaben des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlaments sind deutlich zu verändern, auch die Arbeitsweise in diesen Gremien. Die hier notwendigen Reformen ergeben sich aus bereits vorhandenen juristischen Regelungen. Diese beruhen 1. auf der Staatensouveränität bzw. dem Völkerrecht, 2. auf den Grundrechten im deutschen Grundgesetz sowie 3. auf den Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen, die bereits in fast allen Staaten der Erde Rechtsgültigkeit haben. Informationen und Unterstützung zum Verständnis dieser Regelungen gibt die Internetseite www.grundgesetz-verwirklichen.de.

4. Zukünftige Aufgaben der Abgeordneten

Zukünftige Abgeordnete müssen bereit sein, sich in die neuen Aufgaben und Vorgehensweisen einzuarbeiten und diese konsequent gewissenhaft zu erfüllen. Ihre Aufgaben und Pflichten werden zum Beispiel in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen klar formuliert. Was sie zu tun haben, unterscheidet sich grundlegend von dem, was Abgeordnete und Regierungsmitglieder bislang üblicherweise taten. *Deshalb sind diejenigen Kandidaten zu wählen, die die größte Bereitschaft und Eignung zur Umorientierung erkennen lassen.* **Worauf sollten Wählende hier achten?**

Die persönliche Glaubwürdigkeit, die Fachkompetenz und die Gewissenshaltung (Ethik) der Abgeordneten stehen im Sinne des Amtseides (Art. 56 GG) im Vordergrund bei allen politischen Maßnahmen. *Damit verliert in allen Parlamenten die Parteienzusammensetzung ihre bisherige Bedeutung. Jeder Fraktionszwang entfällt.* Dieser ist eindeutig verfassungs- und grundgesetzwidrig. Wer ihn weiterhin fordert oder sich ihm unterwirft, verhält sich menschenunwürdig und verwirkt damit sein Mandat. An die Stelle von bisherigen Parteiinteressen und Machtkämpfen treten Methoden zur zweckmäßigen Aufgabenerfüllung und Konfliktlösung, zum Beispiel ein grundrechtsgemäßes Qualitätsmanagement mit

Unterstützung durch professionelle Moderatoren. – Genauere Informationen zum Vorgehen und zum Verständnis der Zusammenhänge enthalten die Texte (Download-Links) unten.

5. Die wichtigsten Aufgaben des neuen Bundestags

Der Deutsche Bundestag sollte ausdrücklich feststellen:

Die deutschen politischen Instanzen sehen ihre Aufgabe darin, bestmöglich dem Wohl aller Erdbewohner zu dienen. Im Unterschied zu Menschen, Tieren und Pflanzen sind die heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen und Aktionsformen keine erhaltenswerten *Lebewesen*. Sie sind als *veränderbare Handlungsinstrumente* stets bewusst so zu gestalten, dass sie die Gesundheit und die Lebensqualität aller Menschen fördern. Vorrangig erfolgen dazu vier Beschlüsse:

1. Der Deutsche Bundestag veranlasst unter Berufung auf das Völkerrecht unverzüglich die Überprüfung aller bislang von deutschen politischen Instanzen eingegangenen militärischen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen und Übereinkünfte (Verträge) auf ihre weitere Zweckmäßigkeit. Dies erfolgt, um die im Grundgesetz definierten Aufgaben zukünftig uneingeschränkt erfüllen zu können.
2. Zur Sicherheit des Lebens der Menschen in Deutschland und der Welt beauftragt und autorisiert der Deutsche Bundestag unverzüglich die Organe der Vereinten Nationen, mit allen geeigneten Mitteln für die weltweite Beachtung der Menschen- und Kinderrechtskonventionen einzutreten. Dazu gehören insbesondere 1. die Förderung von deren Bekanntheit und umfassendem Verständnis über Bildungsmaßnahmen sowie 2. im Falle von Verstößen gegen diese Konventionen das wirkungsvolle Eingreifen mit juristischen Mitteln über internationale Gerichtshöfe. Dem obersten Rechtsgrundsatz zufolge, *dass Schädigungen bestmöglich zu vermeiden sind*, geht es dabei stets in erster Linie um die Korrektur von problematischem Handeln sowie um Maßnahmen zur Behebung angerichteten Schadens, *nicht* um die Bestrafung von Akteuren.

Betroffene (Kläger) benötigen eine einfache Regelung zur Meldung (Anzeige) von Verstößen gegen die Grund- und Menschenrechte.

Infolge von Rechtsverstößen sind folgende Maßnahmen geboten:

- (1.) Aufforderung zur Rechtsbeachtung (Korrektur mit „Bewährung“)**
- (2.) Einleitung von Korrektur- und Kontrollmaßnahmen, zum Beispiel über die Verpflichtung, menschenrechtsgemäße Qualitätsmanagement-Verfahren einzuführen**
- (3.) Bei Nichtbefolgung der genannten Maßnahmen kann der Institution jegliches weitere Handeln untersagt werden.**
- (4.) Das Vermögen der Institution und von deren Anteilseignern kann der Schadensbehebung oder anderen Aufgaben zugunsten des Allgemeinwohls gewidmet werden.**
- (5.) Institutionen können von eingesetzten Beauftragten korrigiert oder aufgelöst werden.**

3. Um die menschliche Gesundheit, Leistungstüchtigkeit und Lebensqualität zu fördern, ist *Rechtssicherheit* notwendig: Damit die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung, die auf den Grund- und Menschenrechten beruht, volle Wirksamkeit entfalten kann, veranlasst der Deutsche Bundestag unverzüglich alle erforderlichen juristischen Revisions-, Reform- und Bildungsmaßnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Menschen anstelle von *Bestrafung* vielfach *verständnisvolle Unterstützung* benötigen, um rechtmäßig zu handeln. Dazu sind angemessene Formen von Erziehung, kommunikativem Austausch, Kooperation und rechtskundlicher Unterrichtung (Bildung) zu begünstigen.
4. Der Deutsche Bundestag veranlasst unverzüglich die Überprüfung des bisherigen Umgangs mit der Euro-Finanz- und Schuldenkrise: Ist die Orientierung an der global-einheitlichen juristischen Ordnung als Grundlage des wirtschaftlichen Handelns eine zweckmäßigere Strategie zur Krisenbewältigung als die bisherigen finanziellen Sanierungsbemühungen? Welche Spar- und Förderungsmaßnahmen wirken sich konstruktiv aus, welche destruktiv?

Die Deutsche Petition zur globalen politischen Ordnung

Um die dargestellte politische Ausrichtung zu fördern, wurde am 12. September 2013 die **Deutsche Petition zur globalen politischen Ordnung** (German Petition for Global Governance – GPGG) dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments online zugeleitet. Sie geht vom Gründer des *Psychologischen Instituts für Menschenrechte, Gesundheit und Entwicklung (IMGE) gemeinnützige GmbH* aus. Auf der Internetseite dieses Instituts www.imge.info finden Sie weitere Informationen, auch Erklärungen und Hintergründe sowie konkrete Anregungen zum zukünftigen Vorgehen. Zur Internetseite der Petition gelangen Sie hier www.Die-Deutsche-Petition-zur-globalen-politischen-Ordnung.de

Zur ersten Orientierung nützliche Texte erhalten Sie hier kostenlos zum Download:

Aufruf zur Zusammenarbeit für die Verwirklichung der Welt-Rechtsordnung

<http://www.imge.info/extdownloads/AufrufZurZusammenarbeit.pdf>

Freuen wir uns auf die eleganteste Revolution aller Zeiten! Die Grundrechte enthalten die Weltformel für Frieden, Gerechtigkeit und Gesundheit.

<http://www.imge.info/extdownloads/FreuenWirUnsAufDieElegantesteRevolutionAllerZeiten.pdf>

Es gibt eine einheitliche Rechtsordnung für alle Staaten der Erde.

<http://www.imge.info/extdownloads/EsGibtEineEinheitlicheRechtsordnungFuerAlleStaatenDerErde.pdf>

Die Funktion der Grundrechte und des Grundgesetzes.

<http://www.imge.info/extdownloads/DieFunktionDerGrundrechteUndDesGrundgesetzes.pdf>

Die Weltordnung, die Naturgesetze und die menschliche Evolutionsgeschichte. Leben gemäß der Natur-Ordnung mit dem Grundgesetz: Eine Darstellung für Kinder und Erwachsene

<http://www.imge.info/extdownloads/DieWeltordnungDieNaturgesetzeUndDieEvolutionsgeschichte.pdf>

Die rechtlichen und naturwissenschaftlichen Grundlagen der Welt-Rechtsordnung

<http://www.imge.info/extdownloads/DieRechtlichenUndNaturwissenschaftlichenGrundlagenDerWeltRechtsordnung.pdf>

Politik-Management gemäß dem Grundgesetz gelingt mit Leichtigkeit.

<http://www.imge.info/extdownloads/PolitikManagementGemaessDemGrundgesetz.pdf>

Die Logik optimaler Kooperation (Global Governance). Das Konzept der Vereinten Nationen: Politik und Wirtschaft sorgen für optimale Lebensqualität.

<http://www.imge.info/extdownloads/DieLogikOptimalerKooperation.pdf>

Wo Rivalität vernichtet, können Rechts- und Bildungsmaßnahmen retten. Demokratische Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit als Basis globaler Zusammenarbeit (Global Governance).

<http://www.imge.info/extdownloads/WoRivalitaetVernichtetKoennenRechtsUndBildungsmassnahmenRetten.pdf>

Die juristischen Ordnungsstrukturen unserer globalen Lebensgemeinschaft

<http://www.imge.info/extdownloads/DieJuristischenOrdnungsstrukturenDerGlobalenLebensgemeinschaft.pdf>

Die UNO ist kompetenter als Merkel/Sarkozy und unter ihrem Rettungsschirm können zukünftig alle unbesorgter leben. www.imge.info/extdownloads/DieUNOistKompetenter.pdf

Wenn plötzlich alles Geld weg sein sollte: Wie geht es dann weiter? Hier finden Sie sichere Geldanlagen.

<http://www.imge.info/extdownloads/WennPloetzlichUnserGeldWegSeinSollte.pdf>

Diese und weitere Texte finden Sie auch über www.IMGE.de www.IMGE.info und www.grundgesetz-verwirklichen.de